

Berichte

Fünfter Weltkongreß für Soziologie* (Washington, 2.—8. September 1962)

Anläßlich des in Washington abgehaltenen fünften Weltkongresses veröffentlichten Paul F. *Lazarsfeld* und Ruth *Leeds* einen Aufsatz über die internationale Soziologie als soziologisches Problem¹. Die Autoren heben drei Funktionen internationaler Kongresse hervor: Erstens machen derartige Kongresse auf neue Gesichtspunkte aufmerksam und helfen den Provinzialismus überwinden, dem die Soziologie in jedem Lande mehr oder minder unterliegt; zweitens fördern sie informelle persönliche Kontakte, die insbesondere einer späteren Zusammenarbeit förderlich sind; und drittens ermöglichen sie formelle Vorbereitungen für vergleichende Sozialforschung. Wir dürfen hinzufügen, daß in der etwas hektischen Atmosphäre eines solchen Kongresses durchaus auch die Gefahr besteht, falsche Wertungen vorzunehmen, sich die eigenen Vorurteile zu bestätigen und in den gewohnten Bahnen weiterzudenken.

Dieser Kongreß hat sicher die aufgezeigten Funktionen in gewissem Umfang erfüllt, doch erscheinen uns wesentliche Modifikationen in der Organisation für zukünftige Veranstaltungen wünschenswert. Diese Woche in Washington war in mancher Beziehung unbefriedigend. Das gilt in besonderem Maße für die Plenarsitzungen. Die zahlreichen Beiträge für diese Sitzungen waren bereits im voraus in den ersten beiden Bänden der Kongreßberichte abgedruckt worden. Das mochte dem Vertrieb förderlich sein, führte aber dazu, daß in den Plenarsitzungen kaum ein Referat gehalten wurde. Eine ganze Reihe von Teilnehmern improvisierte vielmehr über die verschiedenen Themen. Es kam auch zu keiner Diskussion der vorgelegten Referate — sie waren natürlich von kaum jemandem gelesen worden. Die relativ polemischen Beiträge einiger Mitglieder der russischen Delegation waren schließlich auch nicht dazu angetan, diesen Eindruck zu verbessern. Raymond *Aron* sprach sicher im Sinne vieler Anwesenden,

* Der Berichterstatter stützt sich auch auf Beiträge von Josef *Gugler*, Joachim *Matthes*, Dietrich *Rüschemeyer* und Erwin K. *Scheuch*.

¹ Abgedruckt in der *American Sociological Review*. Bd. 27. Nr. 5.

als er feststellte, daß wir das Erbe von Karl *Marx* für uns in Anspruch nehmen: daß die Soziologie nämlich eine Kritik der Gesellschaft sei und nicht eine Verherrlichung der Macht. Womit sich indes die Funktionen der Soziologie nicht erschöpfen.

Unser Bericht über die einzelnen zu diesem Kongreß geleisteten Beiträge muß notgedrungen eklektisch sein. Lücken sind schon deshalb unvermeidlich, weil die Berichterstatter nicht in der Lage waren, an sämtlichen parallel abgehaltenen Arbeitsgruppen — gelegentlich waren es bis zu neun — teilzunehmen.

Abgesehen von einigen politisch motivierten Auseinandersetzungen ergab sich wohl der schärfste Streit in dem Kolloquium über Probleme des *Funktionalismus* in der Soziologie. Leider wird man sagen müssen, daß diese Auseinandersetzung soziologisch fast ebenso unfruchtbar war wie die politischen Wortgefechte zwischen Vertretern des Ostblocks und des Westens.

Neil J. *Smelser* (Berkeley, USA) leitete die Sitzung ein mit einigen Reflexionen über den logischen Charakter funktionalistischer Analysen. Insbesondere wies er darauf hin, daß Annahmen über die Bedingungen des Überlebens sozialer Systeme sowohl logisch äußerst fragwürdig als auch nicht erforderlich für funktionalistische Theoriebildung sind. Während *Kingsley Davis* (Berkeley, USA) behauptete, daß „Funktionalismus“ als soziologische Schule nur mehr in der Ideenwelt einiger Polemiker existiere und daß funktionalistische Gedankengänge verschiedensten Typs zum Gemeingut soziologischer Theoriebildung geworden seien, ging *Ralf Dahrendorf* (Tübingen) davon aus, daß eine solche „Schule“ der Tendenz nach sehr wohl existiere. Er betrachtete die funktionalistische Theorie als ein Sprachsystem, das stillschweigende Annahmen mit weitgehenden politischen und moralischen Implikationen mache; insbesondere sei dieses Sprachsystem wenig adäquat für die Analyse des sozialen Wandels. *Robert K. Merton* (New York, USA) antwortete auf diese Kritik mit beträchtlicher Schärfe. Leidenschaftlich verneinte er die Behauptungen über den Dogmatismus und den Konservatismus funktionalistischer Analysen. Sein Vorschlag, auf dem nächsten Kongreß eine Reihe gemeinsam als relevant akzeptierter Probleme parallel im Rahmen verschiedener theoretischer Ansätze analysieren zu lassen und damit die relative Fruchtbarkeit der Ansätze konkret zu überprüfen, sollte u. E. verwirklicht werden. Uns will scheinen, daß über die *Fruchtbarkeit* vage definierter Orientierungen der Theoriebildung — und das steht, genau betrachtet, zur Diskussion — mit den zur Genüge wiederholten abstrakten Argumenten nicht entschieden werden kann.

Der zweite Teil der Sitzung war weniger dieser allgemeinen Diskussion gewidmet als Forschungsberichten und theoretischen Über-

legungen, die mehr oder weniger den funktionalistischen Bezugsrahmen akzeptierten. Festgehalten zu werden verdient die Schlußbemerkung von Joseph *Ben-David* (Jerusalem), daß die Schwäche des gegenwärtigen dominanten Theorietyps, den er mit Talcott *Parsons* als strukturell-funktional bezeichnete, weniger in seinem Funktionalismus zu suchen sei als in der Zusammenfassung nicht hinreichend analysierter Elemente im Konzept der Struktur.

Seit den großen Entwürfen der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg hat das Gebiet der *Rechtssoziologie* weitgehend brachgelegen. Ähnlich wie in der Wissenssoziologie und der Religionssoziologie verführt eine unklare wissenschaftstheoretische Position zur Vermengung von soziologischen Fragestellungen und Hypothesen mit rechtsphilosophischen und rechtspolitischen Erörterungen. In Reaktion darauf blieben andere Forschungen ausschließlich in juristisch relevanter, soziologischer Materialsammlung stecken. Die für erfolgreiche Entwicklungen in der Soziologie typische Konstellation von theorieorientierter Forschung und an empirischer Forschung orientierter Theoriebildung blieb in der Rechtssoziologie bis vor kurzem fast völlig aus. Die ersten Ansätze in solcher Richtung zu bestärken und traditionell philosophisch orientierte Forscher mit diesen Ansätzen zu konfrontieren, war der Zweck der ersten Zusammenkunft einer internationalen Arbeitsgruppe für Rechtssoziologie auf dem Washingtoner Kongreß.

Die erste Sitzung wurde geleitet von W. M. *Evan*, dessen Aktivität diese Zusammenkunft weitgehend zu verdanken ist. Die Beiträge berichteten über eine Untersuchung der Wirkungen von Arbeiterbetriebsgerichten in Polen, über die Einführung eines formellen Strafgesetzes und seine Anpassung an die bestehenden, nicht formalisierten Normen und Sanktionen in Grönland (R. *Goldschmidt*, Kopenhagen) und über theoretische Arbeiten des im 1961 gegründeten „Center for the Study of Law and Society“ an der University of California, Berkeley. Unter dem Titel „On the Theory of Private Government“ entwickelte Philip *Selznick* (Berkeley, USA) das Konzept eines generalisierten „Bürgerschaftsstatus“, der etwa zwischen der Rolle in einer Primärgruppe und rein vertraglichen Beziehungen steht und charakteristisch ist für Mitgliedschaft in Organisationen, von der die soziale Identität der Beteiligten wesentlich bestimmt wird (z. B. Werkzugehörigkeit eines Arbeiters).

Die zweite Sitzung wurde eröffnet von *Charbonnier* (Frankreich) mit allgemeinen Spekulationen über Recht und Gesellschaft, die in der Diskussion zu Recht als dem „rechtsphilosophischen Denken des 18. Jahrhunderts verhaftet“ angegriffen wurden. Renato *Treves* (Italien) sprach über Ansätze und Chancen der Rechtssoziologie in Ita-

lien, und Frl. *Benson* (Kopenhagen) ergänzte den Bericht über Probleme bei der Einführung neuer Gesetze in Grönland. Der weitaus beste Bericht stammte aus Oslo; *Vilhelm Aubert* (Norwegen) erörterte an Hand einer konkreten Untersuchung einige Bedingungen für die Wirksamkeit neuer Gesetze im sozialen Wandel. Sein demnächst erscheinendes Buch „Towards a Sociology of Law“, das die Probleme der Rechtssoziologie mit den Mitteln der neueren theoretischen Soziologie angeht und eine Reihe von empirischen Forschungsberichten enthält, dürfte die wichtigste Erscheinung auf dem Gebiet der Rechtssoziologie seit Jahren werden.

Die Arbeitsgruppe *Historische und vergleichende Forschung* behandelte nur fünf Vorträge, von denen einer, über historischen und dialektischen Materialismus, weniger zum Thema des Arbeitskreises als zur Aufrechterhaltung der Ost-West-Koexistenz im Rahmen des Kongresses beitrug. Dieses scheinbar geringe Interesse geht paradoxerweise — zumindest zum Teil — darauf zurück, daß vergleichende Forschung von zentraler Bedeutung für jede makrosoziologische Analyse ist und daß mithin viele Berichte über komparative Forschungen in anderen Arbeitsgruppen vorgetragen wurden, etwa in den verschiedenen Sitzungen über Entwicklungssoziologie. Als Beispiel mag der ausgezeichnete Beitrag von Seymour M. *Lipset* (Berkeley, USA) dienen über „The United States — The First New Nation“, in dem gezeigt wird, daß eine ganze Reihe von politischen Problemen — etwa: die Legitimierung der neuen politischen Ordnung, charismatische Herrschaft und ihre Stabilisierung, Einparteiensherrschaft, die ambivalente Rolle der Intellektuellen —, die sich heute in den Entwicklungsländern stellen, ebenso in den ersten Phasen der politischen Entwicklung der USA beobachtet werden können.

S. D. *Clark* (Canada) verglich das Verhältnis der amerikanischen Soziologie zur Geschichte vor zwanzig Jahren mit der heutigen Situation und kam zu dem Ergebnis, daß die alte a-historische Einstellung zwar einer größeren Aufgeschlossenheit gewichen ist, daß aber sowohl die empirische Erforschung des historischen Materials als auch die theoretische Analyse — von wenigen Ausnahmen abgesehen — wesentlich zu wünschen übrig lassen. Oft wird die empirische Feststellung der Daten dem Historiker überlassen, was infolge der sehr unterschiedlichen theoretischen und begrifflichen Ausgangspunkte oft zur naiven Verwendung unvergleichbaren Materials führen muß. Die theoretischen Ansätze, entwickelt an Analysen der Gegenwartsgesellschaft und an den grob vereinfachenden Geschichtstypologien des 19. Jahrhunderts, erscheinen zu stark orientiert am simplen Modell zunehmender Differenzierung der Gesamtgesellschaft. *Clark* sieht eine vorläufige Lösung in der Entwicklung differenzierterer, wenn

auch weniger integrierter „theories of the middle range“ auch für die Analyse des sozialen Wandels.

Reinhard *Bendix* (Berkeley, USA) stellte einige Überlegungen über methodologische Probleme und die theoretische Fruchtbarkeit vergleichender Forschungen zur Diskussion. Er betonte insbesondere die Raum- und Zeitgebundenheit vieler zentraler soziologischer Begriffe — wie Urbanisierung und Bürokratie — und zeigte, daß in interkulturellen Forschungen solche Begriffe häufig zu Vorhersagen über die Entwicklung — etwa der städtischen Kultur in Indien — uminterpretiert werden, Vorhersagen allerdings, die sich, wie in dem genannten Beispiel, durchaus als falsch erweisen können, um dann um so nachdrücklicher auf nicht analysierte Voraussetzungen der bereits konventionalisierten Begriffs- und Theoriebildungen in der Analyse westlicher Industriegesellschaften hinzuweisen.

Bei den restlichen Vorträgen handelte es sich um spezielle historische bzw. historisch-komparative Arbeiten. John H. *Goldthorpe* (England) versuchte, ein soziologisches Modell für die Erklärung der sozialpolitischen Entwicklung in England von 1800 bis 1914 zu entwickeln; im Gegensatz zu früheren Interpretationen, die entweder vorwiegend deskriptiv vorgingen oder von simplifizierenden Modellen (Einfluß großer Denker, Rechtsprechung und Gesetzgebung als primäre Faktoren, finale kollektivistische Modelle) ausgingen, betonte er die Rolle konkurrierender Interessengruppen von unterschiedlicher und sich wandelnder Stärke. Dietrich *Rüschmeyer* (Köln) stellte die wesentlichen Strukturunterschiede der Rechtsanwaltschaft in den Vereinigten Staaten und in Deutschland einander gegenüber und führte die Unterschiede, die sich trotz weitgehender Ähnlichkeit der zentralen Rechtsprobleme in beiden Industriegesellschaften ergeben, auf Unterschiede der tradierten Rechtssysteme und Unterschiede der historischen Entwicklung in den vor- und frühindustriellen Phasen zurück; die Wahl zwischen funktionalen Alternativen in der Lösung ähnlicher gesellschaftlicher Probleme wird weitgehend durch historische Vorgegebenheiten bestimmt.

In den drei Sektionen der Arbeitsgruppe *Politische Soziologie* wurden vornehmlich die Beziehungen zwischen sozialen Veränderungen und Wandlungen im politischen System erörtert. Besondere Aufmerksamkeit fanden hierbei die Prozesse der Eingliederung zusätzlicher Gruppen einer Bevölkerung als „Mitbürger“. Für Europa wurden diese Entwicklungen am Beispiel der Arbeiterschaft aufgezeigt, während der gleiche Prozeß für die Vereinigten Staaten anlässlich der Emanzipation der Negerbevölkerung untersucht wurde.

Reinhard *Bendix* (Berkeley, USA) und Stein *Rokkan* (Bergen) berichteten über eine international vergleichende Erhebung, in der sie

die unterschiedlichen Formen der sukzessiven Eingliederung der Unterschichten aufwiesen. Um diesen Prozeß gleicherweise in zwölf europäischen Gesellschaften erfassen zu können, bedienten sich die Autoren einer von Thomas H. Marshall vorgeschlagenen Typologie. Aus dieser Untersuchung glaubten sowohl die Autoren wie auch zahlreiche Teilnehmer an den Diskussionen Nutzenwendungen für zweckmäßige Strategien in den unterentwickelten Gebieten ableiten zu können. Die Eliten dieser neuen Staaten etwa in Afrika gingen von der irrtümlichen Vorstellung aus, es gebe ein zu kopierendes allgemein europäisches Modell der Gewährung von Vollbürgerrechten an alle Mitglieder der Gesellschaft. Tatsächlich zeige sich aber eine inzwischen den Europäern selbst nicht mehr ganz bewußte Unterschiedlichkeit in den Strategien, und zudem zeige eine solche detaillierte Betrachtung, daß diese Strategien Ausdruck verschiedener Organisationsformen der Gesellschaft sind. Heute sei es bei den neuen Staaten üblich, mit der Übernahme modernster Verfassungsformen aus Europa formelle politische Rechte zu gewähren vor einer Ausdehnung der Staatsbürgerschaft um die Grundrechte und insbesondere die sozialen Rechte. Allgemein bestand die Ansicht, daß in diesen Staaten die sozialen Rechte Priorität verdienten.

Der Akzent des Beitrags von *Bendix* und *Rokkan* lag auf der Analyse langfristigerer historischer Prozesse und die Behandlungsweise war der Vergleichbarkeit wegen relativ abstrakt; demgegenüber lieferten Robert *McKenzie* (London School of Economics) und Allan *Silver* (University of Wisconsin) eine Art Fallstudie und Analyse des Endzustandes einer Entwicklung: der Gewährung politischer Gleichberechtigung an die englische Arbeiterschaft. Auf der Grundlage einer empirischen Untersuchung behandelten die Autoren insbesondere das Gesellschaftsbild und die Wertvorstellungen der konservativen Wähler innerhalb der englischen Arbeiterschaft.

Eines der zunächst verblüffenden Ergebnisse dieser Untersuchung war, daß konservative Wähler aus der Arbeiterschaft einen höheren Grad an Übereinstimmung zwischen allgemeinen Gesellschaftsvorstellungen und konkretem politischen Verhalten zeigten, und daß dementsprechend die Wähler der Labour-Party eher „abweichend“ sind. In einer Untersuchung verschiedenster Untergruppen innerhalb der Arbeiterschaft zeigt sich jetzt in dieser Erhebung, daß die konservative Partei nach Ansicht ihrer Wähler aus der Arbeiterschaft die Werte vertritt, deren Erwerb Vollmitgliedschaft in der Gesellschaft bedeutet, daß für diese Wähler „konservativ“ gleich „aufrechtes Mitglied der Gesellschaft“ ist. Zudem wird dann die konservative Partei und insgesamt die herrschende Schicht als fähiger in der Ausübung von Macht angesehen, eben weil sie die Macht schon so lange

ausübe, selbst wenn allgemein eine gewisse Sympathie mit den Zielen der Arbeiterpartei vorliegt.

Die Eingliederung zusätzlicher Gruppen als Vollbürger vollzieht sich unter erheblichen Spannungen gerade in unseren Tagen in einer hochentwickelten Industriegesellschaft, den Vereinigten Staaten. Parry Howard (Louisiana State University, New Orleans) ging dem Prozeß der Gewährung von Vollbürgerrechten an die Negerbevölkerung im Süden der USA in einer ökologischen Untersuchung nach. Überraschendstes Ergebnis für die meisten Teilnehmer: Bei der Eingliederung der Negerbevölkerung heute handelt es sich weitgehend um die Wiederherstellung von Rechten, die diese Bevölkerung bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts besaß. Sogar im Jahre 1960 war die Teilnahme der Negerbevölkerung und der „armen Weißen“ am politischen Leben der Südstaaten noch geringer als etwa im Jahre 1900!

Daß eine unmittelbare Übertragung einiger soziologischer Theoreme über Industriegesellschaften auch auf die gegenwärtigen Schwierigkeiten afrikanischer Staaten möglich sei, war die mehr oder weniger implizite Grundlage eines ambitionierten Berichts von Francis Sutton (Ford Foundation). Sutton unterstellte allerdings in seinem Bericht über die „Bereitschaft afrikanischer Staaten zur Selbständigkeit“, daß ein allgemein verbindlicher Standard zur Beurteilung von Gesellschaften deren Fähigkeit sei, „modern zu sein und Wohlstand zu schaffen“ sowie sozialen Wandel zu fördern. Die gegenwärtigen entwickelten Gesellschaften zeigten dabei, daß dies nur möglich ist, wenn folgende Voraussetzungen verwirklicht werden: 1. Belohnung auf Grund differenzieller Rollenerfüllung, d. h. Leistungsprinzip; 2. Subordination der Loyalitäten zur Großfamilie und örtlichen Gemeinde und Ersetzung dieser als Organisationsprinzipien des sozialen Lebens; 3. Institutionalisierung von Professionen und Bürokratien, d. h. Entwicklung von Organisationen mit funktional spezifischen Zielen und universalistischer Orientierung sowie Erwerb eines minimalen Sachwissens; 4. Konsensus in bezug auf zentrale Werte und ein Schichtungssystem, dessen Positionen dieses Wertesystem repräsentieren.

Themen der *politischen Soziologie* wurden gleichfalls in öffentlichen Sitzungen der *Forschungskomitees* behandelt. Generalthema dieser Erörterungen waren die „Begründung politischer Gegensätze in sozialen und kulturellen Antagonismen“. Es würde jedoch zu weit führen, wollten wir auch auf diesen Themenkreis noch eingehen, so interessant er auch ist.

Ein weiterer Fragenkreis des Kongresses war *Entwicklungsproblemen* gewidmet und nahm mit zwei Plenarsitzungen und fünf Arbeitsgruppen den größten Raum im Tagungsprogramm ein.

Die Erörterungen wurden damit eingeleitet, daß Herbert *Blumer* (Berkeley) als Vorsitzender der ersten Plenarsitzung den Begriff der sozialen Entwicklung zur Diskussion stellte. Er stellte heraus, daß es sich um einen Begriff handelt, der über den der wirtschaftlichen Entwicklung hinausgeht. Er betonte, daß stets die Tendenz besteht, unsere eigenen Maßstäbe zur Messung dieses „social development“ zu verwenden, das durch die gegenwärtige historische Situation, durch den Vergleich zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern, bestimmt wird.

War damit bereits ein weiter Rahmen für die Entwicklungssoziologie abgesteckt, so machte Samuel N. *Eisenstadt* (Jerusalem) die Forderung explizit, daß wir uns mit Entwicklungsproblemen nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im politischen und kulturellen Bereich zu befassen haben. Er hob dazu drei Gesichtspunkte hervor. Einmal sollte die für den wirtschaftlichen Bereich so anschauliche Vorstellung von der Entwicklung aus eigener Kraft auch auf andere Bereiche angewandt werden, etwa auf die Fähigkeit einer Gesellschaft, neue Formen zu schaffen, sie fortzuentwickeln und zu integrieren. Zum anderen stellt sich die Frage, welches Ausmaß an struktureller Heterogenität möglich ist. Zwar sind bestimmte, in den entwickelten Ländern wirksame Faktoren für die Entwicklung unerlässlich, aber es kommt darauf an, sie von anderen entbehrlichen Strukturmerkmalen zu unterscheiden. So zeigt das japanische Beispiel, daß in jedem Bereich eine Vielzahl verschiedener struktureller Faktoren mit der Entwicklung vereinbar sein kann. Schließlich gilt es, die Beziehungen zwischen Entwicklungen in den verschiedenen Bereichen insbesondere daraufhin zu untersuchen, inwiefern sie sich gegenseitig behindern. So kann sich etwa die Ausbildung von Wirtschaftsunternehmen störend auf die Ausbildung von politischen Führern auswirken. Auch Norbert *Elias* (London School of Economics) betonte nachdrücklich die Notwendigkeit einer soziologischen Theorie.

Von grundlegender Bedeutung erscheint uns in diesem Zusammenhang das Referat von Kunio *Odaka* (Tokio) über Traditionalismus und Demokratie in der japanischen Industrie, das eine deutliche Warnung vor Übertreibungen einer heute vorwiegenden Tendenz zur kulturellen Relativierung darstellt. *Odaka* gab eine ausführliche Kritik der Theorie der Übernahme traditioneller Verhaltensweisen aus dem vorindustriellen Stadium in die japanische Industrialisierung. Dazu wies *Odaka* darauf hin, daß diese Theorie verschiedene Fehlinterpretationen enthält, die auf oberflächliche Beobachtung durch Landesfremde zurückzuführen sind. So ist etwa das System „permanent“ Beschäftigung, insoweit es sich um Arbeiter handelt, kein feudalistisches Überbleibsel aus der *Tokugawa*-Periode. Die Arbeits-

mobilität ist vielmehr bis in die 20er Jahre hinein selbst in Großunternehmungen ziemlich hoch gewesen und erst dann im Zeichen des Mangels an qualifizierten Arbeitskräften durch die Ausbildungspolitik der Großunternehmen, während des Krieges durch gesetzliche Maßnahmen und nach dem Krieg durch den Druck der neu organisierten Gewerkschaften vermindert worden. In den japanischen Kleinbetrieben schließlich ist die Rate des „labor turnover“ wahrscheinlich ebenso hoch wie in den westlichen Ländern.

Einen sehr originellen Beitrag zur Entwicklungssoziologie lieferte Seymour Martin *Lipset* (Berkeley) mit einer Arbeit über die Vereinigten Staaten als erste neue Nation. Er beschreibt eine Reihe von Entwicklungsprozessen in den Vereinigten Staaten, die sich mit solchen in den gegenwärtigen Gesellschaften Asiens und Afrikas vergleichen lassen. Dabei betont er ausdrücklich, daß die jungen Vereinigten Staaten im Vergleich zu den meisten neuen Nationen von heute unter vielen Aspekten in einer günstigeren Ausgangsposition standen. Trotzdem waren die USA nahe daran, in ihren Bemühungen um eine geeinte legitime Autorität zu scheitern. Wie die USA, so sehen sich alle Staaten, die vor kurzem ihre Unabhängigkeit erlangt haben, zwei zusammenhängenden Problemen gegenüber: den Gebrauch politischer Macht zu legitimieren und die nationale Identität zu etablieren.

Die Arbeitsgruppe über *Modell- und Theoriebildung* in der Soziologie, die von Hans L. *Zetterberg* von der Columbia University (New York) geleitet wurde, zeichnete sich sowohl durch ein hohes theoretisches Niveau als auch durch eine streng sachgemäße Diskussion aus. Das lag vor allem an der hervorragenden Planung durch *Zetterberg*, der die Berichte schon Monate vor Beginn des Kongresses unter den Teilnehmern dieser Arbeitsgruppe zirkulieren ließ, so daß jeder Gelegenheit hatte, sich für die Diskussion der Beiträge zu präparieren. So gab es denn tatsächlich auch nur ein Expertengespräch am Konferenztisch, während das Publikum passiver Zuhörer war. Dieses Verfahren hat sich in dem vorliegenden Falle als außerordentlich nützlich erwiesen.

Insgesamt wurden 14 Beiträge geliefert, von denen jedoch drei wegen Abwesenheit und einer (der von *Zetterberg* selbst) wegen Zeitmangel ausfallen mußten. In der ersten Sitzung der Gruppe wurden die Theorienentwürfe von George C. *Homans* (Harvard), Franz Josef *Stendenbach* (Köln), Georg *Karlsson* (Uppsala) und Kullervo *Rainio* (Helsinki) behandelt. *Homans* gab eine Zusammenfassung und Ergänzung seiner in seinem 1961 publizierten Buche entwickelten Theorie. Sie ist der erste Versuch, eine auf wenigen Gesetzen basierende allgemeine Theorie zu formulieren, die in letzter Instanz alle sozialen

Prozesse zu erklären in der Lage ist. Es ist dabei noch nicht geklärt, wieweit diese Theorie tatsächlich einem solchen Anspruche gerecht wird. Entscheidend ist aber in diesem Zusammenhang vorerst die Tatsache, daß hier erstmals überhaupt ein solcher Versuch in der Soziologie gemacht wurde. Es wurde während der Diskussionen des öfteren die Frage aufgeworfen, wieweit eine solche generelle Theorie überhaupt von Wert sein könne. Desgleichen wurde bemängelt, daß sich die Theorie auf die Psychologie zur Erklärung sozialen Verhaltens stütze. Diese Einwände mögen unter pragmatischen oder ästhetischen Gesichtspunkten eine gewisse Berechtigung haben, die Theorie widerlegen oder verbessern können sie letzten Endes nicht. Hier wird natürlich der alte Streit, ob die Soziologie zur Erklärung nur mit sozialen Tatsachen operieren solle (*Durkheim*) oder ob sie auch psychische Prozesse zur Erklärung mit einbeziehen solle (*Homans*) aufs neue belebt. Uns scheint die Ausklammerung der Psychologie zu einer völlig unberechtigten Einengung der Soziologie zu führen, die Erklärungen sozialer Prozesse geradezu verhindern kann, weil sie nur bis zu einer bestimmten Ebene der Deduktion geht und nicht weiter.

Homans stützt seine Theorie auf fünf psychologische Gesetze: auf die Thesen zur Verstärkung, des abnehmenden Grenznutzens, der Generalisierung, der Motivation und des Erwartungsniveaus („distributive Gerechtigkeit“)².

Was von manchem als störend empfunden wird, ist die Operation mit Begriffen aus der Nationalökonomie, wie Kosten, Wert und Profit. Sie erwecken einen Grad an Rationalität im Verhalten, den der Autor keinesfalls unterstellen will. Hinzu kommt, daß *Homans* seine Theorie auf die Konzeption des Austauschprozesses stützt, wie er in der Ökonomie vorkommt. *Homans* geht davon aus, daß soziale Interaktion schließlich nur dann von Dauer ist, wenn die Interaktionspartner Gratifikationen austauschen, die einander als gleichwertig angesehen werden. Meines Erachtens ist diese Konzeption nicht durchzuhalten. Denn die Interaktion ist nicht vom *Austausch* der Gratifikationen abhängig, sondern von der *Gratifikation* selbst, ganz gleich, ob diese vom Interaktionspartner kommt oder von irgendeiner dritten Seite, wobei diese dritte Seite auch die Wertstruktur einer Gruppe sein kann (internationalisierte Normen, Gewissen, Über-Ich).

Eine ähnliche Theorie wie die *Homans*sche legte Franz Josef *Stendenbach* vor. Seine Theorie besteht aus sieben im Gegensatz zu fünf Theoriesätzen, die sich aber möglicherweise umgruppieren lassen, so daß die Theorie fünf Haupt- und eine Reihe von Nebensätzen ent-

² Es sei hier verwiesen auf die Besprechungen des Berichterstatters von *Homans*' Theorie in der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie XIV, 2, und XV, 1.

hielte. Im Unterschied zu *Homans* verwendet *Stendenbach* keine ökonomischen Konzeptionen, so daß jedenfalls entsprechende Probleme, die bei *Homans* auftreten, hier nicht entstehen. Im übrigen ist die Basis dieser Theorie (die 1961 in einer Dissertation unabhängig von *Homans* entwickelt wurde) bis auf geringe Abweichungen die gleiche wie bei *Homans*: nämlich die Gesetzmäßigkeiten der psychologischen Verhaltens- und Lerntheorie. Die *Stendenbachs*che Theorie ist im ganzen — wie *Georg Karlsson* bei einem Vergleich beider Theorien nachzuweisen versuchte — genereller als die von *Homans* und enthält mehr Bezug zum *sozialen* Verhalten. Die Sätze beziehen mehr verschiedene Faktoren und Bedingungen ein, sind aber eben auch teilweise weniger präzise als die von *Homans* formulierten Sätze. Ihre Anwendung auf experimentelle Daten wird dadurch etwas schwieriger. Der Vorteil dieser allgemeineren Art der Formalisierung liegt darin, daß sie alternative Interpretationsmöglichkeiten offen läßt und sich dadurch als elastischer erweist. Es wird zu überlegen sein, ob die eine oder die andere Form vorzuziehen ist.

Georg Karlsson entwickelte ein, wie er es nennt, theoretisches Modell zu einem relativ simplen Aspekt des Kommunikationsprozesses: der Ausbreitung eines Informationsstückes, das so einfach ist, daß es entweder richtig und unverzerrt weitergegeben wird oder aber überhaupt nicht. Die Grundidee des Modells: Die Wahrscheinlichkeit der Kommunikation einer Einheit wird betrachtet als eine gemeinsame Wahrscheinlichkeit aus der Chance, daß eine Person die Mitteilung noch nicht kannte, und derjenigen, daß sie die Mitteilung annimmt. Jede dieser Wahrscheinlichkeiten hängt davon ab, wer der Sender ist und kann in folgende drei Wahrscheinlichkeiten aufgelöst werden: 1. daß die Mitteilung an eine Person in einer spezifischen Schicht geht, 2. daß diese Person die Mitteilung noch nicht kennt, 3. falls so, daß sie die Mitteilung annimmt. Alle diese Wahrscheinlichkeiten gelten als voneinander unabhängig. Betrachtet man dieses Modell als eine Theorie der Kommunikation, dann ist sie natürlich wenig realistisch, da sie sehr spezifische Vereinfachungen einführt. Sie ist insofern ein Gegenbeispiel zu den ersten beiden Theorien von *Homans* und *Stendenbach*, die natürlich eine Unzahl von Variablen umfassen.

Was zur Charakterisierung der Arbeit von *Karlsson* gilt, gilt zum Teil auch für diejenige von *Kullervo Rainio*. Er entwickelte ein stochastisches Interaktionsmodell, das auf der Unterstellung basiert, daß Wahlhandlungen von Personen und Änderungen in deren Wahrscheinlichkeiten den Gesetzen der Lerntheorie gehorchen. Während *Homans* sich an die Theorie von *Skinner*, *Stendenbach* an die von *Hull*, *Spence* und zum Teil *Skinner* anlehnen, bezieht sich *Rainio* auf

die mathematische Richtung von *Bush* und *Mosteller*, deren *Two Operator*-Modell er übernimmt. Die Hauptmerkmale des *Rainio*-Modelles sind: Beschreibung der Interaktionsprozesse als Wahrscheinlichkeiten individueller Wahlhandlungen zwischen Verhaltensalternativen, die die Reaktionen bestimmen, und als Wahrscheinlichkeiten erfolgreicher Reaktionen, die das Ergebnis der Reaktionen bestimmen. Das Modell ist empirisch getestet und erhärtet.

Der zweite Teil der Verhandlungen dieser Arbeitsgruppe widmete sich verschiedenen Aspekten, die vom Simulationsmodell bis zur Begriffsdiskussion reichten. *Ithiel de Sola Pool* (Cambridge, Massachusetts) berichtete über die Verwendung eines Simulationsmodelles bei Survey-Erhebungen im Zusammenhang mit der Präsidentschaftswahl 1960. Das Problem bestand hier darin, zu prüfen, wieweit es möglich ist, Sampleerhebungen zu Simulationszwecken zu benutzen. Hierbei wurde eine Erhebung simuliert, von der man wünschte, daß sie durchgeführt worden wäre, die in Wirklichkeit aber nicht durchgeführt wurde. Es mag hier genügen, darauf hinzuweisen, daß sich die Simulationen als relativ erfolgreich erwiesen haben.

Robert *Dubin* (Oregon, USA) untersuchte die Merkmale jener soziologischen Theorien, die sich mit dem Verstehen einerseits und der Voraussage andererseits befassen. Während im ersten Falle die Aufmerksamkeit auf die *Interaktion* zwischen Variablen innerhalb eines Systems gelegt ist, liegt die Betonung bei den erklärenden Theorien beispielsweise mehr auf dem *Ergebnis* dieser Interaktion. *Dubin* knüpft hieran eine Reihe von Betrachtungen an, die einen wertvollen Beitrag zur allgemeinen Diskussion über Theorienbildung darstellen und die auch eine Ergänzung zu dem von *Zetterberg* selbst erstellten, aber nicht diskutierten Bericht über Hypothesen, Theorie und Verifikation bringen.

James Coleman (Baltimore) nahm zum Ausgangspunkt seiner Betrachtungen eine von ihm entwickelte Theorie über das soziale System der High School und erörterte eine Reihe von Prozessen in seiner Theorie und damit verbundene theoretische Implikationen, wobei er das Problem der individuellen Autonomie in den Vordergrund stellte.

Die drei verbleibenden Beiträge befaßten sich mit taxonomischen oder system- und begriffstheoretischen Problemen, wobei besonders der Beitrag von *Alain Touraine* (Paris) durch allgemeine Unverständlichkeit auffiel. Dies liegt vermutlich daran, daß er in einer schwierigen sprachlichen Form geschrieben ist und daß die englische Sprache als Kommunikationsmedium *Touraine* einige Schwierigkeiten bereitete. Im Unterschied zu anderen Versuchen nimmt *Touraine*

nicht Rekurs auf die Psychologie, sondern versucht, innerhalb eines sozialen Rahmens zu diskutieren³.

Während sich Renate Mayntz (Berlin) mit der Frage der Brauchbarkeit des Gleichgewichtskonzeptes bei der Analyse sozialer Systeme auseinandersetzte, und man sich in der Diskussion einigte, daß es nicht so sehr auf die Formulierung eines Gleichgewichtsbegriffes ankomme, als auf die Erstellung empirischer Aussagen über Gleichgewichtszustände oder -prozesse, beschäftigte sich Johan Galtung (Oslo) mit einigen Grundbegriffen der Soziologie: norm, role, status. Galtung kam zu dem Schluß, daß trotz gewisser Mängel eine Weiterentwicklung dieser Begriffe mittels Matrixanalyse von Bedeutung für die Soziologie sein werde.

Während des dritten Weltkongresses für Soziologie in Amsterdam (1956) hatte sich eine Gruppe von Sozialforschern aus verschiedenen Ländern Europas und aus den USA zu einer internationalen Studiengruppe für *Freizeitsoziologie* zusammengeschlossen. In den folgenden Jahren trafen sich die Mitglieder dieser Gruppe jährlich und stimmten ihre Untersuchungen miteinander ab. Diese Forschungsgruppe wurde 1961 als Forschungskomitee der ISA anerkannt (für einige Zeit das wahrscheinlich letzte zusätzliche Komitee), und der fünfte Weltkongreß in Washington war die Gelegenheit, eine öffentliche Bestandsaufnahme der bisherigen Arbeiten zu machen sowie neue Interessen für dieses Spezialgebiet zu gewinnen. In insgesamt zwölf Beiträgen gaben Mitglieder der Gruppe und andere eingeladene Forscher einen Überblick über die gegenwärtigen Tendenzen einer Soziologie der Freizeit. Einige dieser Berichte seien kurz wiedergegeben und kommentiert.

In seinem Einleitungsreferat berichtete Joffre Dumazedier (Centre d'Etudes Sociologiques, Paris) über die Arbeiten der bisherigen „Internationalen Forschungsgruppe für die Soziologie der Freizeit“.

Das umfangreichste Forschungsprojekt der Gruppe führte Dumazedier selbst in Annecy durch. Entsprechend seiner Aktions-Orientierung legte Dumazedier in dieser Längsschnitt-Untersuchung besonderen Nachdruck auf die Rolle von Institutionen der Erwachsenenbildung, wobei das Verhalten der Arbeiter das größte Interesse fand. Ein weiterer Haupthebungspunkt war das Verhalten in den Ferien. Offensichtlich wurden damit die Sachverhalte hervorgehoben, durch die Freizeit als Massenerscheinung der Industriegesellschaft charakterisiert wird: die Ausdehnung des Gutes „Muße“ auf die Unterschichten und die Gewährung von freier Zeit nicht so sehr als Ver-

³ Die Gedanken *Touraines* können im Europäischen Archiv für Soziologie, 1962, Heft 1, verfolgt werden.

längerung des „Feierabends“, sondern durch „Blöcke“ freier Stunden und Tage.

Ein Bericht über die einzige Untersuchung, in der bisher in größerem Umfang das Erhebungsschema der Forschungsgruppe Anwendung fand, wurde von Zygmunt *Skorzynski* (Polnische Akademie der Wissenschaften, Warschau) vorgelegt. Das „Zentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung“, das einzige öffentliche Institut für Meinungsforschung in Polen, hatte im Jahre 1960 ein Quoten-Sample der städtischen Bevölkerung Polens befragt, um typische Verhaltensweisen und die Variationen im Verhalten während der Wochentage und am Wochenende zu ermitteln.

Bemerkenswerter als einige Unterschiede erscheint der hohe Grad an Übereinstimmung in den Beobachtungen mit westeuropäischen Untersuchungen, wenn man Korrekturen für den niedrigeren Lebensstandard und die Schulbildung berücksichtigt. Auch in Polen zeichnet sich bereits ab, daß die Zunahme der freien Zeit allgemein begleitet wird von einer Verminderung der Freizeit für die höher qualifizierten Berufe. Die Beobachtung, daß ungelernete Arbeiter — abweichend von den Ergebnissen in Westeuropa — ein besonders geringes Maß an Freizeit besitzen, ist u. E. Ausdruck des Durchgangsstadiums im Industrialisierungsprozeß. Die wichtigsten oder doch zumindest am häufigsten erwähnten Freizeitbeschäftigungen sind in Polen im wesentlichen die gleichen wie in Frankreich und Deutschland — mit Ausnahme der immer noch sehr viel größeren Bedeutung des Films.

War die ungeheuer schnelle wirtschaftliche Entwicklung Japans für westliche Beobachter schon erstaunlich, so sind die Berichte über Wandlungen der Normen und Verhaltensweisen im Alltag um so verblüffender angesichts unserer Vorstellungen über die Starrheit des japanischen Sozialsystems. Die Entwicklung in Japan mit dem Nebeneinander von nicht-westlicher Kultur sowie Urbanisierung und Industrialisierung ist tatsächlich auch für die Soziologie der Freizeit ein wichtiger Testfall. David *Plath* (Berkeley) versuchte eine Darstellung der Wandlungen im Freizeitverhalten auf Grund einer systematischen Analyse des japanischen Schrifttums zu diesem Thema. Insbesondere gibt es in Japan eine verhältnismäßig umfangreiche populärwissenschaftliche Literatur (oder besser: journalistische Veröffentlichungen mit wissenschaftlicher Garnierung), die nach dem Bericht von *Plath* sich von den in Deutschland üblichen Schriften nicht so wesentlich unterscheiden dürften. Interessant war an dem Bericht von *Plath* vornehmlich der Hinweis auf die Entwicklung einer „Freizeit-Moralität“ (fun morality) im Sinne einer Art Volksausgabe des Hedonismus.

Die Eigenheiten der amerikanischen Gesellschaft gegenüber den westeuropäischen Gesellschaften herauszuarbeiten und die Konsequenzen

zen dieser Unterschiede für die Stellung der Freizeit aufzuzeigen bemühte sich Max Kaplan (Boston University). Nach seiner Ansicht sind vor allem entscheidend für Unterschiede zwischen Europa und den USA: 1. der bleibend höhere Wohlstand in den USA; 2. die Heterogenität der Gesellschaft bei gleichzeitig einheitlichen Massenmedien; 3. die Abwesenheit von Elite-Standards und allgemein überkommenen kulturellen Maßstäben bei Beurteilungen des Freizeitverhaltens als Massenphänomen; 4. die Legitimität der sogenannten Populärkultur (popular culture); 5. der Charakter der demokratischen Familie, in der die Kinder ebenfalls ein erhebliches Mitspracherecht haben; 6. die Tendenz zur Ausdehnung der freien Zeit in längeren Abschnitten (bulk free time). Gerade in bezug auf den Nachdruck auf Verlängerung des Urlaubs scheint aber u. E. die Entwicklung in den USA weniger rasch als in Westeuropa.

Eine generelle Theorie der Freizeit versuchte Erwin Scheuch (Harvard University) zu geben. Er begann mit einem Überblick der gegenwärtigen Literatur über Freizeitverhalten in Deutschland, deren latente gemeinsame Unterstellung zu sein schien, man könne unmittelbar die Begriffe aus einer Freizeit als Vorrecht von Eliten auf die Freizeit als Massenerscheinung anwenden. Eine solche Übertragung erschien nicht nur unter dem Gesichtspunkt einer Theoriebildung unzweckmäßig; es müßten auch die Versuche zur Veränderung des Freizeitverhaltens im Sinne der Annäherung an vorgebliche Verhaltensmuster von Eliten in ähnlicher Weise scheitern, wie der Versuch der Übertragung von Maßstäben politischer Eliten auf die Gesamtheit der Wähler. Leitmotiv dieses Vortrags war allerdings, auf der Grundlage empirischer Untersuchungen die sich entwickelnde „Freizeitkultur“ zu verstehen als andersartige Ausdrucksform eines zentralen Wertes früherer Eliten.

Insgesamt hinterließ die Tagung über „Freizeit und populäre Kultur“ den Eindruck, daß diese Themen zwar einen zentralen Zugang zum Verständnis der Gegenwartsgesellschaft eröffnen könnten, daß ferner ein erhebliches Maß an konkreten empirischen Informationen vorliegt, daß dieses Gebiet aber unter außerordentlich verschiedenen Aspekten angegangen wird und theoretisch ungenügend entwickelt ist.

Die Sektion *Religionssoziologie*, die sich im Jahre 1961 als subcommittee der ISA offiziell etabliert hatte, war auf dem Fünften Weltkongreß für Soziologie in Washington mit zwei ganztägigen Arbeitssitzungen vertreten. Entsprechend den beiden Hauptthemen des Kongresses beschäftigte sie sich unter dem Vorsitz von Willem F. Wertheim (Holland) mit dem Thema „Religion and Development“ und unter dem Vorsitz von Milton Yinger (USA) mit theoretischen

Problemen der Religionssoziologie und den Möglichkeiten einer vergleichenden Religionssoziologie.

Das Thema „Religion und Entwicklung“ wurde in zwei Themengruppen behandelt: „Economic Institutions and Religion“ und „The Interpretation of Religious and Secular Institutions“. Es war unvermeidlich, daß die Diskussion der verschiedenen Beiträge zu diesen Themengruppen immer wieder zurückkam auf die Frage, wie die Max Webersche These vom Zusammenhang zwischen „protestantischer Ethik“ und dem „Geist des Kapitalismus“ heute angesichts der Analyse industrieller Entwicklungen in den asiatischen und afrikanischen Ländern zu beurteilen sei. Der Vorsitzende, der sich selbst des öfteren zu dieser Frage geäußert hat, verhinderte zwar durch seine straffe und kluge Verhandlungsführung, daß sich diese Diskussion allzusehr ins Spekulieren verlor und Unvergleichbares als vergleichbar zu setzen versuchte. Dennoch wurde mehr als einmal deutlich, daß insbesondere unter den jüngeren asiatischen Soziologen eine gewisse Neigung besteht, eine zusammengepreßte und zurechtgestutzte „Max-Weber-These“ als theoretischen „Aufhänger“ ihrer Untersuchung zu nehmen, sei es in ihrer Ablehnung, sei es in ihrer Bestätigung. Abgesehen davon aber brachten die Kurzreferate und Diskussionsbeiträge zu beiden Themengruppen sehr interessante empirische Studien, von denen einige es durchaus verdienten, in einem Sammelband zusammengefaßt und auf ihre theoretische Relevanz hin überarbeitet zu werden. Das gilt insbesondere für die Beiträge von A. K. Saran (Indien) über „Hinduism and Economic Development in India“, von S. H. Alatas (Indonesien) über „Islam in South-East Asia and the Max-Weber-Thesis“ und von A. W. Eister (USA) über „Perspective on the Function of Religion in a Modernising Country: Islam in Pakistan“. Mit seiner ausgezeichneten Studie über „Religion und Bürokratie“ leitete Wertheim über zu der zweiten Themengruppe, aus der vor allem der Beitrag von E. Gellner (England) über „Islam and Political Modernisation“ herauszuheben ist, nicht zuletzt wegen der aufschlußreichen Ergänzung, die Gellner damit seinen allgemeinen theoretischen Beiträgen im Plenum hinzufügte.

Die zweite Vollsitzung des Komitees für Religionssoziologie litt mehr als die erste unter der Fülle der angemeldeten Beiträge. Da zudem keineswegs alle Beiträge vorher vervielfältigt vorlagen, war es bisweilen schwer, den Überblick über die wesentlichen gemeinsamen Punkte der Beiträge zu behalten. Trotzdem dürfte gerade diese Sitzung ihr besonderes Gewicht darin gehabt haben, daß sie zum ersten Male in der Entwicklung der neueren Religionssoziologie eine internationale Plattform legte für die Diskussion theoretischer und methodologischer Probleme. Insbesondere die glänzend

formulierte Studie von H. *Desroche* (Frankreich) über „Atheismus und Säkularisation als Probleme der Religionssoziologie“, von Ch. Y. *Glock* (USA) über methodologische Probleme der amerikanischen religionssoziologischen Forschung und von J. *Maitre* (Frankreich) über die Anwendbarkeit mathematischer Methoden in der religionssoziologischen Forschung dürften, liegen sie erst einmal im Wortlaut gedruckt vor, eine Art theoretischen und methodologischen Kompendiums bilden, von dem die Religionssoziologie für ihre weitere Entwicklung erheblich profitieren wird. Dies läßt sich auch, wenn auch nicht mit gleichem Nachdruck, von den Beiträgen zum Thema der vergleichenden religionssoziologischen Forschung sagen. Von ihnen sind hier besonders die Studie von K. *Busia* (Ghana) über die Frage, ob die Unterscheidung von primitiven und entwickelten Religionen soziologische Bedeutung habe, und das Korreferat dazu von Talcott *Parsons* (Harvard, USA) zu nennen, durch die das Problem eines „evolutionary model of religion“ für die Religionssoziologie formuliert wurde: von *Busia* kritisch, von *Parsons* im positiven Sinne. B. *Wilson* (England) legte eine Studie über die Typologie der Sekten vor, die von Peter *Berger* (USA) — weithin zu Recht — als spekulativ kritisiert wurde. In der Tat dürfte das für die gegenwärtige religionssoziologische Forschung ungemein aktuelle Problem der Analyse religiöser Gruppierungen und Orientierungen mit den überkommenden Mitteln der Typologisierung nicht zureichend zu lösen sein, und die neueren Forschungen von *Glock*, *Fukuyama* und *Lenski* haben ja auch bereits andere und brauchbarere methodologische Ansätze in dieser Hinsicht entwickelt. Im ganzen muß jedoch M. *Yinger* zugestimmt werden, der zum Abschluß der Sitzung hervorhob, daß die internationale Zusammenarbeit auf dem Felde der religionssoziologischen Forschung durch die Diskussionen einen kräftigen Impuls erfahren hat, der sicherlich weit über die Grenzen des Kongresses selbst hinauswirken wird.

Franz Josef Stendenbach, Köln